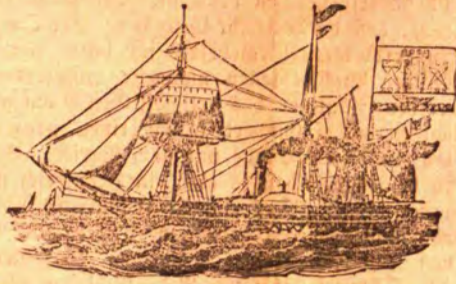


# Memeler Dampfboot.

„Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens  
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-  
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
pränumerando 3 Mark,  
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten  
3 1/2 Mark.  
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-  
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,  
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit  
20 R.-Pf. berechnet.  
Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,  
sind **spätestens** bis Nachmittag 2 Uhr  
einzuliefern.  
Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

N<sup>o</sup> 146.

Memel, Mittwoch, den 26. Juni.

1878.

Beim bevorstehenden Quartalwechsel bitten wir unsere geehrten Abonnenten, das **Abonnement** auf das „**Memeler Dampfboot**“ rechtzeitig erneuern zu wollen.

Der Abonnementspreis beträgt am Orte incl. Botenlohn sowie bei allen Kaiserl. Deutschen Postämtern 3 1/2 Mark pro Quartal, beim Abholen aus unserer Expedition 3 Mark, für Rußland bei den dortigen Kaiserl. Postanstalten 3 Rubel pro halbes Jahr.

## Die Expedition.

### Tagess-Chronik.

Den 26., Vorm. 10 Uhr, auf dem Kreisgerichte Termin in der Rfm. Albert Schmidt'schen Concursache; 11 Uhr, am Theater Verkauf einer Partie Kaffee; Nachm. 4 Uhr, im Fischer'schen Saale General-Versammlung der Aktionäre der Fabrik für Knochenkohle und chemische Produkte; Abends 7 Uhr, im Schützenaale General-Versammlung des Credit-Vereins, 7 1/2 Uhr, im Müller'schen Restaurant General-Versammlung des Armen-Unterstützungs-Vereins.

### Reichstagswahl in den „Sundstagen“.

Es ist Brauch und Sitte in Deutschen Landen, daß während des Sommers die politischen Kämpfe ruh'n, des Parteikrieges Stürme schweigen. Seitdem die Winter so milde geworden und Schnee und Eis fast aus der Mode gekommen sind, ist man ja längst daran gewöhnt, Parlamentsitzungen, politische Controversen, als ein Hauptmerkmal der Winterszeit anzusehen. Wenn aber die Tage länger werden und die Sonnenstrahlen wärmen, dann schmilzt die Eiskruste, welche die Brust der politischen Catone umpangert, dann glätten sich die hochgehenden Wogen des Parteihaders, und die schroffsten Gegner werden einander wieder grün. Es ist dies herkömmlich seit langen Zeiten und das Herkommen ist ein Ergebnis der natürlichen Verhältnisse, paßt vollkommen für unsere Zustände, ist vernünftig und gut. In der drückenden Sommerhitze, unter den sengenden Strahlen der Julisonne halten sich lange Sitzungen und Reden schlecht, ist die Aufmerksamkeit der Bevölkerung für die Arbeiten der Volksvertretung nicht zu gewinnen. Mitten in den Erntevorbereitungen und Erntearbeiten, mitten in den Zeiten der Ferien und Badereisen, mitten in der Sommergluth sind die Wähler schwer an die Wahlurnen heranzulocken, und der harmloseste Garten hat dann mehr Reiz als das hübscheste Wahllokal. Dennoch hat die Reichsregierung für den 30. Juli die Reichstagswahlen ausgeschrieben und im August wird somit der verfassungsmäßigen Bestimmung nach der Reichstag zusammentreten müssen.

Es hat keinen Zweck eingehender zu untersuchen, ob es gut und praktisch war, gerade für diese Zeit die Wahlen auszuschieben. Nehmen wir ohne Weiteres hin, was ja doch nicht zu ändern ist, fügen wir uns ins Unvermeidliche, und suchen wir uns mit der Nothwendigkeit praktisch auseinanderzusetzen. Daß die Reichstagswahlen in die Hundstage fallen, das kommt im ganzen, weiten Deutschen Reiche nur einer Partei zu Gute — den Sozialdemokraten.

Liberalen und conservative Wähler sind es ausschließlich, die zur Sommerzeit die Wälder bevölkern, die Schweizer und Tyroler Berge durchklettern, die Sommerfrischen und Lustorte beleben. Der Arbeiter bleibt Sommer und Winter daheim in seiner Werkstatt, in seiner Fabrik. Liberale Wähler sind es und conservative, die zu bequem sind, in der Sommerhitze die Schwüle einer Wählerversammlung aufzusuchen. Der Arbeiter, an die Gluth des Schmiedeofens, an die Hitze des Maschinenhauses gewöhnt, drängt sich entschlossen in die Massenversammlung, wenn das Commandowort des Führers ihn ruft.

Aber nicht bloß der einfache Umstand kommt hier in Betracht, daß eine große, eine immense Zahl antisocialistischer Männer von der Wahlurne fern gehalten

wird. Durch die simple Ziffer der abwesenden Wähler ist der Verlust noch lange nicht ausgedrückt, welcher den antisocialistischen Parteien aus der Reichstagswahl in den Hundstagen erwächst.

Niemals erscheinen die stimmberechtigten Wähler vollzählig an der Wahlurne. Die Gleichgiltigkeit, der unverantwortliche Indifferentismus hält immer noch den größten Theil der Wähler von der Wahlbetheiligung zurück und bei den letzten Reichstagswahlen haben im Durchschnitt nicht 50 % der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Diejenigen nun, die im Hochsommer ihrem Heim entziehen, Länder, Flüsse, Berge, Meeresufer bevölkern, man darf sie getrost zu der staatsbürgerlich reiferen Volksklasse zählen, die Antheil nimmt an dem politischen Leben der Nation, Antheil an den Aufgaben, die im constitutionellen Staate dem Volke zufallen. Die Zahl der Abwesenden geht also lediglich von dem geringen Prozentsatz, von der Minorität der Wählenden ab.

Doch auch damit ist des Verlustes ganze Schwere noch nicht gekennzeichnet. Das Contingent der Sommerreisenden wird von den Kreisen der Einflußreichen gestellt. Die Fabrikanten, Großkaufleute, Rentiers, Beamten, Gelehrten zc., welche im Hochsommer ihrem gewöhnlichen Aufenthaltsorte fern sind, sie verfügen nicht bloß über ihre eigenen Stimmen, sondern auch noch über eine große Anzahl anderer durch ihr Ansehen, ihr Beispiel, ihre Stimmgabe, die Wahl in einem bestimmten Sinne theilzunehmen. Mit ihrer Intelligenz, ihren materiellen Mitteln treten sie in den Wahlkampf ein. Das Alles entgeht den antisocialistischen Parteien nur bei den Wahlen im Hochsommer. Es ist gut und nöthig, daß sich das Bürgerthum dieses Verlustes bewußt wird, um ihn so gut als irgend thunlich zum Theil abzuwenden, zum Theil wettzumachen durch verdoppelten und verdreifachten Eifer im Wahlkampfe.

### Politische Uebersicht.

r. Memel, den 25. Juni.

In den letzten Sitzungen des **Staatsministeriums** hat dasselbe sich nicht allein mit Vorlagen gegen sozialdemokratische Ausschreitungen, sondern auch mit Besprechungen darüber beschäftigt, welche wirtschaftlichen Vorlagen wohl dem Reichstage zu unterbreiten sein dürften. Es handelt sich dabei keineswegs um Steuer und Zollfragen, — denn damit wird sich der Reichstag in seiner nächsten Session wohl kaum zu befassen haben, — sondern um eine weitere Revision der Gewerbeordnung, um eine Aenderung des Freizügigkeitsgesetzes zc. Sicher ist, daß dem Reichstage wiederum das in der letzten Session unerledigt gebliebene Gesetz wegen Beschränkung des Schankkonzessionswesens vorgelegt werden wird. Ob dem Reichstage auch eine Vorlage wegen Revision des Wahlgesetzes zu machen sei, darüber schweben im Ministerium noch die Verhandlungen. Man mag aus allem dem erkennen, welch wichtiges alle unsere freirechtlichen Einrichtungen berührendes Arbeitspensum dem künftigen Reichstage aufbewahrt ist und seine Wahlstimme darnach einrichten.

Der Total-Eindruck der uns heute zugehenden **Congreßnachrichten** ist zwar der, daß die Erwartung einer Englisch-Russisch-Oesterreichischen Verständigung vorwaltet, und Rußland den Forderungen beider Staaten nachgegeben hat, dennoch dürften die Detail-Angaben der Times, die vielleicht darauf berechnet waren, die in England wegen der Globe-Enthüllungen herrschende hochgradige Verstimmung einigermaßen zu paralysiren, etwas über das Ziel hinausschießen. Aus Berlin, London und Wien wird jetzt gleichzeitig und gleichmäßig berichtet, daß Rußland in der Hauptsache nachgegeben habe. Vorzugsweise glaubt man in Wien mit dem erlangten Erfolge zufrieden sein zu können. Details fehlen noch.

Im Grunde genommen ist die Lösung der **Bulgarischen Frage** die Hauptsache; gelingt dieselbe, so ist die größte Schwierigkeit überwunden und die Aufgabe des Congresses gelöst. Ueber alle übrigen mit dem Oriente zusammenhängenden Fragen werden die Verhandlungen dann rasch zum Ziele führen. Es ist daher natürlich, daß die Discussion der Bulgarischen Frage eine

langwierige und mitunter erbitterte ist. Ob es gelingen werde, wie vom Grafen Andrassy versichert wird, Bürgschaften dafür zu finden, daß das neue Bulgarien für alle Zukunft dem Russischen Einflusse entzogen werde, darüber sind die Meinungen getheilt; aber der erste Bevollmächtigte Oesterreich-Ungarns bietet, wie verlautet, Alles auf, um die der von ihm vertretenen Monarchie so nahe liegenden Länder der gefährlichen Russischen Umklammerung so viel als möglich zu entziehen.

Briefe aus **Konstantinopel** vom 18. d. M. schildern die dortige Stimmung als eine wegen der Russischen Truppenbewegungen sehr allarmirte. Die Russen nähern sich immer mehr der Hauptstadt, fahren mit der Errichtung der Observatorien fort, und es sei ein wahres Wunder, daß es bisher zu keinen ernstlichen Zusammenstößen gekommen.

Die angeordnete **partielle Mobilisirung**, welche bis 24. d. M. vollständig beendet sein muß, ist, wie die „Budapester Correspondenz“ mittheilt, nach den eingelangten amtlichen Meldungen bisher überall mit der größten Pünktlichkeit, ohne Schwierigkeiten und Hindernisse durchgeführt worden. Die einberufenen Reservetruppen sind allerdings noch nicht an ihren Bestimmungsorten angelangt, dies wird jedoch in kurzer Zeit ebenfalls geschehen. Die in Siebenbürgen angeordneten Befestigungsarbeiten schreiten rüstig fort, einige Theile sind sogar bereits beendet.

Havana am 8. d., sind am 25. Mai drei Holländische Kriegsschiffe vor der Hauptstadt eingetroffen. Ihr Zweck ist, das Resultat der Unterhandlungen abzuwarten, welche der Holländische Consul wegen Wegnahme einer Holländischen Brigg durch die Behörden von San Domingo eingeleitet hat. Letztere behaupten, die Brigg habe Kriegsmaterial für die Rebellen, welche den Präsidenten Diaz stürzten, an Bord gehabt. — Am 24., 25. und 26. Mai fand die Präsidentenwahl statt. Am ersten Tage kam es zu Aufruhrungen, die jedoch sofort unterdrückt wurden. Es waren vier Candidaten im Felde, von denen wahrscheinlich General Gonzalez gewählt ist. Die Kammer hat die Dauer des Präsidenten-Termins auf ein Jahr festgesetzt.

### Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 23. Juni. [Sozialistisches]. Die Unterdrückung bezw. Erschwerung sozialistischer Wählerversammlungen Seitens der Polizei hat, wenigstens was die Reichshauptstadt anlangt, lediglich den Zweck gehabt, die Agitation mehr auf das Haus zu beschränken. Was jetzt nicht mehr öffentlich verhandelt werden kann, wird mit viel größerem Erfolg in der Wohnung des Arbeiters verhandelt. Von Haus zu Haus, Treppe auf, Treppe ab wandern die unermüdbaren Agitatoren, um für ihre Candidaten Propaganda zu machen; mit größerem Eifer hat sich diese Partei kaum jemals in die Wahlagitation gestürzt, als diesmal, ohne daß davon eigentlich etwas in die Oeffentlichkeit dringt. Diese günstigen Erfolge haben denn auch, wie uns mitgetheilt wird, die Führer der Partei veranlaßt, einstweilen von der Berufung von Wählerversammlungen ganz abzusehen und erst kurz vor den Wahlen eine Musterung ihrer Getreuen vorzunehmen — wenn nicht die Polizei ihnen wie bisher einen Strich durch die Rechnung macht.

Eine Notiz in der „Berliner Freien Presse“, daß am Sonntag, den 23. d. Mts., in einem Vergnügungsort am Kottbuser Damm ein Volksfest stattfinden werde, hat genügt, dem Besitzer des Lokals eine Hausfuchung zuzuziehen. Ob die Polizei in der That geglaubt hat, bei dem Bierwirth kompromittirende Schriften vorzufinden, scheint uns zweifelhaft, viel eher scheint es darauf abgesehen zu sein, das „Volksfest“ überhaupt zu hintertreiben, das indeß trotz dieses kleinen Intermezzo's dennoch stattfinden soll.

Wie wir hören, ist die von der Preussischen Regierung beabsichtigte Errichtung eines Eisenbahnministeriums bis auf Weiteres aufgegeben. In Wahrheit existirt aber bereits dieses Eisenbahnministerium bei uns, indem Herr Maybach seine ganze Thätigkeit ausschließlich der Eisenbahnabtheilung des Handelsministeriums widmet









